Nur gezielte Entlastungen geplant

Die Regierung will keine flächendeckenden Pakete wie in Deutschland oder Österreich schnüren. Die Situation lasse sich nicht vergleichen.

Patrik Schädler

«Was können und sollen öffentliche Finanzen bewirken?» lautete die Frage für Veranstaltung im Rahmen der Reihe «Zeit für Liechtenstein» der VU. Schon vor der Veranstaltung war klar, dass es um die öffentlichen Finanzen in Liechtenstein nicht schlecht bestellt ist. Den Gemeinden geht es gut und der Staat verfügt über mehr als 2,3 Milliarden Franken Reserven und ist schuldenfrei. Und auch punkto Steuerbelastung könne man von einem «gelobten Land» sprechen, erklärte Regierungschef und Finanzminister Daniel Risch in seinem Einstiegsreferat. Zudem sei das liechtensteinische Steuersystem bereits sozial ausgestaltet. So würden 25 Prozent der Steuerpflichtigen gar keine Steuern bezahlen und 10 Prozent der Steuerpflichtigen würden für 66 Prozent der Steuern aufkommen.

«Nach guten Jahren kommen nun unsicherere Zeiten», so Risch. Die stockende Wirtschaft, die hohe Teuerung, steigende Zinsen und die schlechte Börsenentwicklung werden auch in Liechtenstein spürbar sein. In diesem Jahr wird es die Börse sein, welche die Landesrechnung tiefrot einfärben wird. Noch Ende September rechnete die Regierung mit einem Minus von 300 Millionen Franken. Gestern erklärte Regierungschef Daniel Risch, dass das Minus auf über 400 Millionen zu liegen kommen könnte. Trotz dieser schlechten Nachricht sagte er: «Wir müssen uns keine zu grossen Sorgen machen. Dank der Reserven können wir Schwankungen auffangen. Aber wir müssen sehr wachsam sein und handeln.»

Kontroversen gab es in der Podiumsdiskussion keine. Dafür geht es Staat und Gemeinden zu gut. Bild: Tatjana Schnalzger

«Ein berechtigter Reflex beim Blick ins Ausland»

Dass die Regierung handelt, wird angesichts der Inflation auch von vielen Bürgerinnen und Bürgern erwartet. Der Ruf nach staatlicher Hilfe wird lauter. «Dies ist ein berechtigter Reflex, wenn man ins Ausland schaut», so Risch. Doch nicht jedes Problem im Ausland gebe es auch in Liechtenstein. In Deutschland und Österreich würde sich die Politik derzeit mit Entlastungspaketen fast täglich überbieten. Dort liege die Teuerung aber auch zwischen acht und zehn Prozent. In der Schweiz und Liechtenstein liegt die Inflation bei 3,3 Prozent. «Es sind also unterschiedliche Ausgangslagen, auf die man auch unterschiedlich reagieren muss.» Aus diesem Grund würden für ihn nur sehr zielgerichtete Unterstützungen infrage kommen. «Das Geld muss dort ankommen, wo es auch wirklich nötig ist.» Die Taskforce der Regierung sei deshalb mit dem Gesellschafts- und dem Wirtschaftsministerium besetzt. Bis Ende Monat sollen Vorschläge vorliegen, wie einkommensschwache Haushalte unterstützt werden und wo es in der Wirtschaft Massnahmen braucht.

Für «zielgenaue Massnahmen» plädierte in der Podiumsdiskussion auch Tanja Kirn, Leiterin des Centers für Volkswirtschaft an der Uni Liechtenstein. Die Hälfte der Inflation im Schweizer Frankenraum gehe auf die erhöhten Energiepreise zurück. Dies treffe einkommensschwache Haushalte stärker. «Hier betragen die Energiekosten – ohne teuren Tesla oder Whirlpool – etwa acht Prozent. Und hier ist nicht viel Einsparpotenzial vorhanden», so Kirn. Hier sei es durchaus sinnvoll, Unterstützungsmassnahmen zu prüfen.

Einigkeit bei «neuem» Finanzausgleich

Einen grossen Raum in der Podiumsdiskussion nahmen die Neuerungen beim Finanzausgleich ein. Die Regierung wird dem Landtag im Dezember unter anderem die Einführung einer horizontalen Komponente vorlegen. Konkret: Vaduz und Schaan werden je rund sieben Millionen Franken pro Jahr an die anderen Gemeinden abgeben, um die Steuerkraftunterschiede auszugleichen. Alle Podiumsteilnehmer waren sich einig, dass dies ein erster guter Schritt sei. Auch mit dieser Anpassung würden Vaduz und Schaan weiterhin in der Champions League spielen «und können sich alles leisten», so Plankens Vorsteher Rainer Beck. Für ihn ist als nächster Schritt auch die Entflechtung der Aufgaben fortzusetzen. Er könnte sich hier unter anderem vorstellen, dass die Kosten für die Alterspflege von den Gemeinden übernommen werden und der Staat künftig für das Lehrerpersonal und die wirtschaftliche Sozialhilfen aufkommt.

Staatlicher Kita-Zustupf war zu tief – Beiträge werden erhöht

Das Land zahlt mehr Geld an die ausserhäusliche Kinderbetreuung. Zu spüren bekommen das nur Eltern mit sehr hohem Einkommen.

Der Begriff Normkosten ist etwas unglücklich gewählt: Denn es handelt sich nicht etwa um Kosten, die berufstätige Eltern an ihre Kindertagesstätte oder Tagesstruktur-Einrichtung zahlen. Vielmehr geht es um fixe finanzielle Beiträge, die die Institutionen der ausserhäuslichen Betreuung vom Staat erhalten. Berechnet werden die Normkosten pro betreutem Kind und Tag. Sie sinken mit steigendem Alter.

Ministerium verspricht «langfristige Sicherung»

Die aktuellen Beiträge wurden im Jahr 2019 im Zuge der neuen Kita-Finanzierung festgelegt. Doch sie wurden zu niedrig angesetzt. Das räumte gestern das zuständige Ministerium für Gesellschaft und Kultur in einer Mitteilung offen ein: «Eine Prüfung des Amts für Soziale Dienste hat gezeigt, dass die Vollkosten deutlich über den bislang definierten Normkosten lagen und damit die Subventionsbeiträge zu tief waren.» Als Konsequenz wird der staatliche Zustupf ab 1. November um rund 20 Prozent nach oben korrigiert: Der Normkostensatz – er gilt für einen ganzen Betreuungstag inklusive Essen – für Schulkinder steigt von bisher 77,70 auf rund 93,80 Franken, derjenige für Kleinkinder steigt von 116 auf 140 Franken. Bei den Säuglingen steigt der Satz von bisher 139,20 auf rund 168 Franken.

Aufgrund dieser Erhöhung zahlt das Land auch höhere Subventionen – denn sie werden anhand der Normkosten berechnet. So schreibt denn auch das Ministerium: «Mit dieser signifikanten Erhöhung der Normkosten soll die finanzielle Basis für die langfristige Sicherung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung ermöglicht werden.»

Um 20 %
werden die Normkosten pro betreutem Kind nach oben korrigiert.

Gutverdienende von der Erhöhung betroffen

Bei den Einrichtungen des Vereins für Kindertagesstätten wird fast die Hälfte eines Betreuungsplatzes vom Staat subventioniert. Der Rest wird durch die Elternbeiträge und sonstige Erträge finanziert, wie aus dem Jahresbericht 2021 hervorgeht. Trotz der Erhöhung der Tarife und der Normkosten müssen die meisten Mütter und Väter aber nicht mehr für die ausserhäusliche Betreuung zahlen: Für den Grossteil der Eltern gebe es keine Auswirkungen, da die Erhöhung durch den Landesbeitrag abgefedert werde. Es gibt jedoch Ausnahmen: Sehr gut verdienende Eltern werden tiefer in die Tasche greifen müssen. Betroffen sind Familien mit einem Jahreseinkommen ab 213 628 Franken – für sie werde die Tariferhöhung beim Elternbeitrag spürbar sein, schreibt das Ministerium. Auch Eltern, die nicht ordentlich in Liechtenstein besteuert werden, müssen höhere Beiträge an Kitas oder Tagesstrukturen zahlen. Um wie viel sich die Kosten für die betroffenen Eltern erhöhen, wird in der Mitteilung nicht bekannt gegeben.

Die Kitas werden mit höheren finanziellen Beiträgen unterstützt. Bild: Daniel Schwendener (28. 5. 2019)

Neue Finanzierung sorgte für Liquiditätsnöte

Für die Betreuungseinrichtungen des Landes dürfte das Mehr an staatlichem Geld eine Erleichterung sein. Der Grossteil ist unter dem Dach des Vereins Kindertagesstätten zusammengeschlossen. Die Coronapandemie und das neue Finanzierungsmodell sorgten für empfindliche Defizite. Für das Jahr 2021 musste der Verein einen Verlust von rund 177 300 Franken verbuchen.

Zu schaffen machte dem Verein, dass die Subventionen des Landes seit September 2019 rückwirkend statt im Voraus bezahlt wurden. Die Subventionszahlungen trafen erst nach Abrechnung der monatlichen Elternbeiträge ein, wodurch Liquiditätsengpässe entstanden.

Valeska Blank